

IMPRESSUM

IG Metall Salzgitter-Peine

Chemnitzerstr. 33, 38226 Salzgitter,

Telefon 05341 88 44-0, Fax 05341 88 44-20,

salzgitter-peine@igmetall.de, igmetall-salzgitter-peine.de

Redaktion: Wolfgang Räschke (verantwortlich), Ina Biethan



Der Widerstand wird breiter

»Appell der Region« an Bundesumweltministerin Hendricks überreicht

Die IG Metall in Salzgitter ist von Beginn an mit im Widerstand gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad. »Ein Großteil unserer Mitglieder lebt und arbeitet in unmittelbarer Nähe von Schacht Konrad. Somit hätte die Einlagerung von Atommüll auch direkten Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder. Und diese zu regeln gehört zu den Aufgaben der IG Metall«, so Wolfgang Räschke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine.

Im Bündnis gegen Konrad ist die IG Metall zusammen mit dem Oberbürgermeister, der Stadt Salzgitter, der AG Schacht Konrad und

dem Landvolk aktiv. Den größten Erfolg hatte das Bündnis mit der Einwendungskampagne gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad im letzten Jahr. Mit über 70000 Einwendungen haben wir deutlich gemacht: Die völlig veralteten Sicherheitsberechnungen an einem untauglichen Standort und einer nicht rückholbaren Einlagerung machen wir nicht mit.

Bisher wollte die Bundesregierung doppelt so viel und ganz anderen Atommüll, als es die bestehende Genehmigung vorsieht, in Schacht Konrad einlagern. Unsere Proteste haben dazu geführt, dass die Bundesumweltministerin erklärt hat,



Foto: Helko Stumpe

Rund 1000 Konrad-Gegner kamen zur Kundgebung vor die Kulturscheune.



Foto: Helko Stumpe

Überreichten den »Appell der Region« v.l.: T.Pink (WF), U.Schönberger (AG Schacht Konrad), U.Löhr (Landvolk), F.Klingebiel (SZ), W.Räschke (IG Metall), U.Markurth (BS), H.-H.Baars (Lengede), B.Hendricks, T.Brych (GS)

dass sie von diesem Plan Abstand nehmen will. Dies ist ein erster Erfolg, aber diese Entscheidung kann jederzeit zurückgezogen werden und die grundsätzliche Einlagerung ist damit nicht infrage gestellt.

Nun kam am 19. Januar 2016 die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nach Salzgitter. Nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister und dem Rat der Stadt Salzgitter stellte sie sich in einer Podiumsdiskussion auch dem Bündnis und den regionalen Vertretern. Dabei haben wir uns auch als IG Metall entsprechend eingebracht.

Darüber hinaus haben wir unsere Position und unsere Forderungen gegenüber der Politik auf einer Funktionärskonferenz mit rund 1000 Teilnehmenden vor dem Tagungsraum deutlich gemacht.

Uns ist allen klar, dass der in Jahrzehnten einer unverantwortlichen Politik angefallene Atommüll endgelagert werden muss. Allerdings darf dies nicht einfach irgendwo passieren, sondern dort, wo die Lage im Vergleich zu allen Lösungen die Sicherste ist. Wo dies ist, kann bis heute nicht beantwortet werden, da es bisher noch gar kein Standortsuchverfahren gegeben hat. Solch ein Verfahren ist bisher nur bei hochradioaktivem Müll vorgesehen.

Von daher haben wir als erste Forderung gesetzt, dass dies auch bei

schwach- und mittelradioaktivem Atommüll erfolgen muss. Zumal sich »schwach« und »mittel« nur auf die Temperaturentwicklung und nicht auf die Gefährlichkeit bezieht. Denn unter schwach- und mittelradioaktiven Atommüll fällt auch einer der gefährlichsten Stoffe, die es gibt: Plutonium – und das ist auch für die Einlagerung in Schacht Konrad vorgesehen.

Die zweite wesentliche Forderung bezieht sich auf den in der Genehmigung vorgesehenen »neusten Stand von Wissenschaft und Technik«. Spätestens seit dem Absaufen der Asse mit allen seinen Folgen ist eigentlich klar, dass die wartungsfreie und nicht wieder rückholbare Endlagerung gescheitert ist. Schon allein deshalb darf niemand darauf bestehen, dass nun auf Basis eines veralteten Konzepts die Einlagerung vorgenommen wird, nur weil es eine Genehmigung gibt. Hier ist die Politik gefordert, Verantwortung zu übernehmen.

In dem »Appell der Region« wurden diese Forderungen zusammengefasst und der Bundesumweltministerin Hendricks überreicht. Diese war jedoch nicht in der Lage, zu diesen Forderungen eine befriedigende Antwort zu geben. Von daher müssen wir nun den Druck auf die Politik durch weitere Aktionen und Aktivitäten ausbauen!



TERMINE

Internationaler Frauentag

8. März 2016, Einlass 18 Uhr, Podiumsdiskussion mit Betriebsräten und Personalverantwortlichen zum Thema »Gleichstellung im Betrieb«, anschließend: Kabarett mit Marlies Blume, der selbst ernannten »Beauftragten für Schanzengleichheit«. Saal der IG Metall SZ



Marlies Blume